

ungünstig . . . Wir haben in Deutschland keinen Freund. Der Bund ist eine österreichische Institution geworden . . . Bei uns hat niemand den Krieg gewollt, aber wir akzeptieren ihn mit ruhiger Zuversicht<sup>32</sup>.“

Die mitteleuropäische Atmosphäre verdüsterte sich bald noch weiter. Am 24. Mai bringt Österreich die schleswig-holsteinsche Frage wieder vor die Bundesversammlung, ein Schachzug zur Gewinnung der Mittelstaaten, der von Bismarck mit der Feststellung beantwortet wird, das bedeute den Bruch der Wiener und Gasteiner Abmachungen bezüglich der Herzogtümer. Ein kleindeutscher Abgeordnetentag wird in Frankfurt abgehalten, auf dem es zwei Rednern gelingt, die Hoffnungen der Gothaner auf diese Demonstration vor der deutschen Öffentlichkeit zunichte zu machen und die etwa 3000 Versammelten für den großdeutsch-bundesfreundlichen Standpunkt zu gewinnen; es sind das die beiden — wie Alfred v. Vivenot schreibt — berühmten Gelehrten Dr. Kolb, Chefredakteur der Neuen Frankfurter Zeitung, und der Leipziger Geschichtsprofessor Heinrich Wuttke. Beide wollen auch in ihren Landtagen in gleichem Sinne wirken. Am 27. Mai ergeht eine preußische Zirkularnote an die deutschen Regierungen zur Bundesreformfrage, am 28. weist Österreich die Vorschläge Gablenzens zurück, am 29. nimmt Preußen den Pariser Konferenzvorschlag an, am 1. Juni lehnt ihn aber Österreich ab, während sich am 2. Beust der Wiener Verwerfung des Gablenzschen Planes anschließt. Niemand konnte verkennen, daß im Ablauf dieser Tage zugleich ein Itinerar zum Kriege beschlossen lag.

## 6. Der außerordentliche Landtag.

Die gleichzeitige Entwicklung in Sachsen wurde im wesentlichen durch den Zusammentritt des Landtags bestimmt. Seine Einberufung war vom 23. auf den 28. Mai verschoben worden, weil Beust erst die Klärung des Pariser Konferenzplanes abwarten wollte, an dessen Durchführung er ja beteiligt zu sein hoffte. Schulenburg nimmt außerdem an, daß Beust zunächst Besorgnisse wegen einer in den Kammern zu erwartenden Opposition aus den Kreisen von Handel und Wirtschaft gegen seine Politik gehegt habe. Daß zumal in Dresden die öffentliche Meinung nicht ungünstig für die Politik der Regierung war, wurde offenbar, als zwei Tage zuvor in einer Versammlung des Nationalvereins eine Neutralitätsresolution des

<sup>32</sup> Moltkes Briefe, hrsg. v. W. Andreas, Leipzig o. J., Bd. 2, S. 353 flg.